

2 Studien, Forschungsprojekte 2017

2.1 Bürokratiebelastung der Banken in Niederösterreich 2017

Elisabeth Dreer und Friedrich Schneider, 2018

Nach einer Phase der Deregulierung der Finanzmärkte setzte im Nachhall der Finanzkrise 2007 und den teuren Bankenrettungen eine Regulierungswelle ein. Nachdem der Fokus zunächst darauf gerichtet war, künftige Krisen und Bankenrettungen mit Steuergeldern zu verhindern, wird jetzt stärker diskutiert, ob die neuen Regeln das Bankgeschäft (insb. die Kreditvergabe) nicht zu sehr bremsen. Da bürokratische Anforderungen weitestgehend unabhängig von der Bankgröße umgesetzt werden müssen, ergibt sich ein regressiver Kostenverlauf, der dazu führt, dass kleinere und mittlere Banken überproportional stark belastet werden.

In der Studie wurden die Kosten für die Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien für die Kreditinstitute in NÖ transparent gemacht. Damit soll gezeigt werden, welchem Kostendruck die Branche durch die Regelkonformität (Compliance) ausgesetzt ist.

Um der Heterogenität des Finanzplatzes in Niederösterreich Rechnung zu tragen, wurden drei Kreditinstitute (Referenzbanken) mit regional unterschiedlichen Geschäftsgebieten und unterschiedlichen Geschäftsvolumina (gemessen an der Bilanzsumme) ausgewählt. Die an der Erhebung der branchenspezifischen Informations-, Auskunft- und Meldepflichten beteiligten Referenzbanken spiegeln den Finanzmarkt in Niederösterreich wieder: Referenzbank I weist eine Bilanzsumme von > 2 Mrd. Euro, Referenzbank II eine Bilanzsumme zwischen 1 und 2 Mrd. Euro und Referenzbank III weist eine Bilanzsumme von < 1 Mrd. Euro aus. Mit der Erhebung der Bürokratie- bzw. Compliance-Kosten in Abhängigkeit von der Größe des Kreditinstituts wird unterstellt, dass der Umfang der Bürokratiekosten mit dem Geschäftsumfang korreliert.

Basis für das methodische Vorgehen ist das **Standardkostenmodell für Österreich** (SKM-Methode 2007). Das Verfahren liefert den konzeptionellen Rahmen zur Erhebung von Verwaltungskosten, der auf die Branche umgelegt wird. Vorab wurden drei Experteninterviews in den Referenzbanken durchgeführt, um die wesentlichen Kostentreiber zu identifizieren. In zwei Fokusgruppen-Workshops wurde das Mengengerüst in Bezug auf Zeit- und Kostenaufwand der ausgewählten Regulierungen festgelegt. Damit wurden die

Kosten der einzelnen Regulierungen für die jeweilige Referenzbank berechnet. Anschließend wurden die Ergebnisse auf Sektorebene für Niederösterreich hochgerechnet.

Hochrechnung auf den Finanzplatz in NÖ

Besonders betroffen sind die Kreditinstitute – laut Erhebung in den Referenzbanken - durch bürokratische Vorschriften in den Bereichen:

- Geldwäsche: EU-Geldwäscherichtlinie,
- Steuerrecht: FATCA und CRS,
- Verbraucherschutz: HIKrG
- Compliance: SCC
- Kapitalmarkt
 - Anlegerschutz: MiFID II und
 - Eigenmittelunterlegung: CRD IV und CRR.

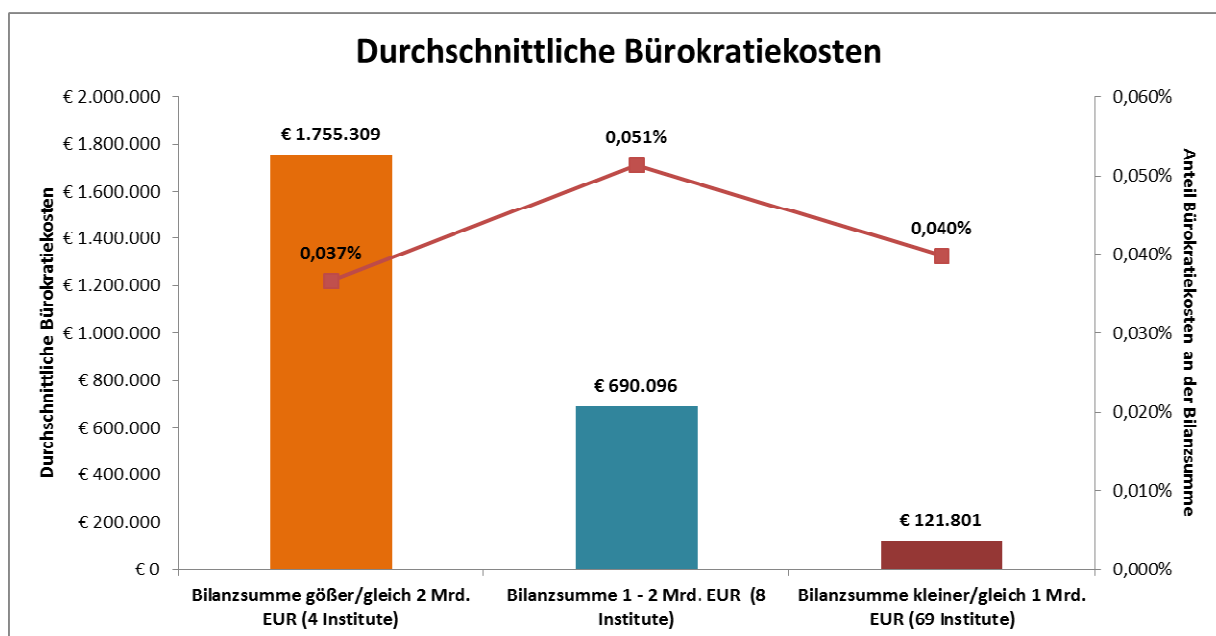
Am Finanzplatz NÖ ist die Bankenstruktur, gemessen am Geschäftsvolumen (Bilanzsumme), eher kleinteilig strukturiert. Nur 4 der 81 Institute mit Hauptanstalt in NÖ weisen eine Bilanzsumme von mehr als 2 Mrd. Euro aus. Die gesamte Bilanzsumme der 81 in NÖ tätigen Kreditinstitute mit Hauptsitz im Bundesland beträgt 50,6 Mrd. Euro.

Basierend auf dem letztverfügbaren Bilanzsummenranking der ÖNB für NÖ, wurden Bürokratie- bzw. Compliance-Kosten in Höhe von rd. 21 Mio. Euro errechnet. Im Durchschnitt über alle 81 Institute sind das rd. 260.000 Euro je Kreditinstitut bzw. rd. 2.700 Euro pro MitarbeiterIn.

Bei den vier Instituten mit mehr als 2 Mrd. Euro Bilanzsumme liegt aufgrund eines „Ausreißers“ mit einer Bilanzsumme von ca. 11 Mrd. Euro der Durchschnittswert bei rd. 1,8 Mio. Euro p.a. – ohne „Ausreißer“ läge der Wert bei rd. 960.000 Euro. „Mittlere“ Institute mit einer Bilanzsumme zwischen 1 und 2 Mrd. Euro müssen rd. 690.000 Euro an Kosten für die Einhaltung der untersuchten Regulierungen aufbringen. „Kleinere“ Institute mit einer Bilanzsumme von weniger als 1 Mrd. Euro müssen immherin rd. 120.000 Euro für die Umsetzung der Informations- und Aufzeichnungspflichten aufwenden (vgl. Abbildung 1).

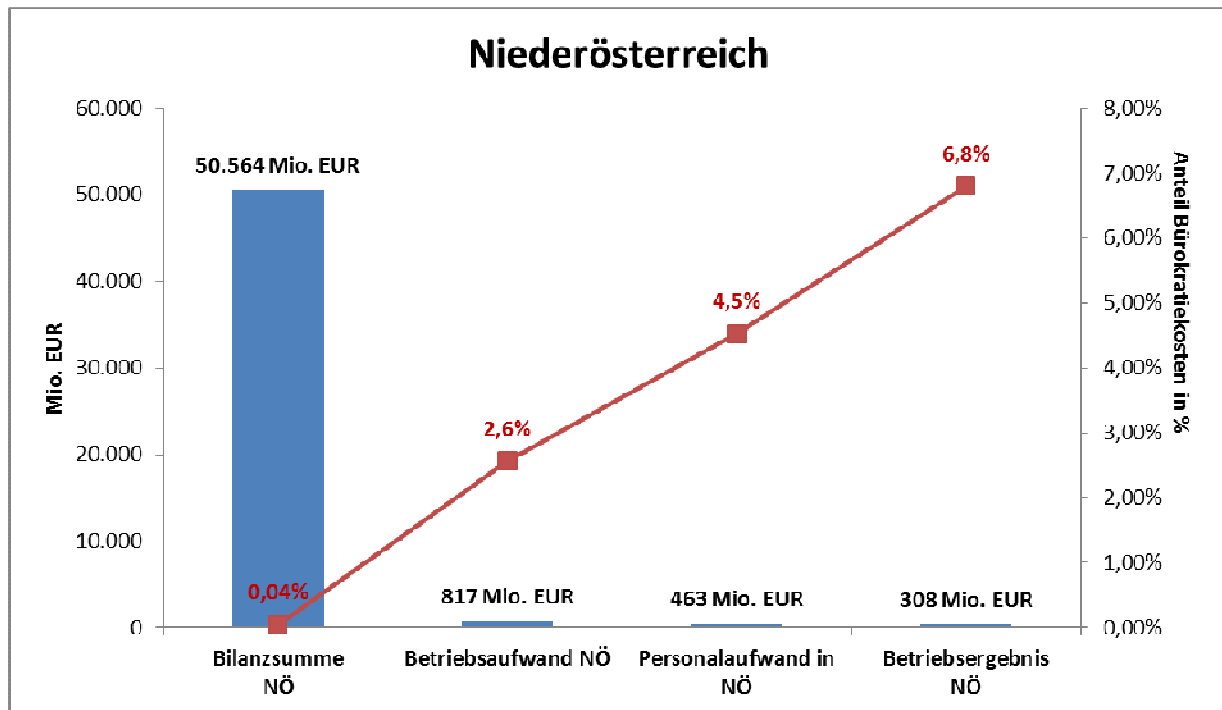
Der Bürokratieaufwand von rd. 21 Mio. Euro für die sechs erhobenen Regulierungen entspricht 0,04% der gesamten Bilanzsumme. Dies erscheint auf den ersten Blick nicht viel – stellt man den Bürokratieaufwand jedoch in Relation zum gesamten Betriebsaufwand der Branche in Höhe von 817 Mio. Euro, sind es immerhin 2,6%. Bei einem gesamten Personalaufwand von 463 Mio. Euro im Jahr 2017 nehmen diese regulatorischen Kosten einen Anteil von 4,5% ein, und in Bezug zum Betriebsergebnis sind es immerhin 6,8% (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 1: Durchschnittliche Bürokratiekosten je Kreditinstitut



Anmerkung: Bei den vier Instituten mit mehr als 2 Mrd. Euro Bilanzsumme liegt aufgrund eines „Ausreißers“ (Hypo NÖ mit einer Bilanzsumme von 11,3 Mrd. Euro) der Durchschnittswert bei rd. 1,8 Mio. Euro p.a. – ohne die Hypo NÖ läge der Wert bei rd. 960.000 Euro. Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Bürokratiekosten in Relation zur Ertragslage



Anmerkung: Betriebsergebnis (operativer Gewinn): Umsatz minus Vorleistungen (Material- und Wareneinsatz) minus Kosten.

Quelle: Ertragslage der Kreditinstitute auf regionaler Basis, ÖNB, <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=3.9.8>; Eigene Berechnungen.

Schlussfolgerungen

Die Notwendigkeit von Regeln und Verhaltensrichtlinien in der Finanzbranche steht hier nicht zur Diskussion – mit der Studie wird vielmehr aufgezeigt, dass die Kosten für die Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien für die Kreditinstitute (nicht nur) in NÖ beträchtlich sind. Die drei Fallstudien haben gezeigt, welchem Kostendruck die Branche durch die Regelkonformität (Compliance) ausgesetzt ist. Aus den Ergebnissen der Studie ergeben sich folgende drei Schlussfolgerungen:

1. **Der Umfang und die Komplexität der Bankenregulierung haben seit der Finanzkrise besonders stark zugenommen.** Die zunehmende Europäisierung der Gesetzgebung erhöht die Herausforderungen durch die englischsprachigen juristischen Formulierungen. Die Regulierungen sind oftmals mit umfangreichen IT-Adaptionen verbunden. Zudem ist der Aufbau eines Beauftragtenwesens mit Spezialwissen häufig notwendig. Somit kommen zum generellen

Effizienzsteigerungsdruck aufgrund der zunehmenden Digitalisierung und der Fin Tech-Entwicklungen die stark steigenden regulatorischen (Bürokratie-) Kosten.

2. **Auch wenn die regulatorischen Kosten mit der Institutsgröße steigen, so fallen diese bei kleineren Instituten stärker ins Gewicht.** Die relativ stärkere Belastung kleinerer Banken bedeutet gleichzeitig, dass die sog. Marktfolgetätigkeiten gegenüber den sog. Marktaktivitäten überproportional zunehmen.¹ Eine reibungsfreie und gleichzeitig kostengünstige Umsetzung der Regularien ist bei kleineren Instituten schwerer umzusetzen, trotzdem sie idR auf einen Bankenverbund zurückgreifen können. Dies wirkt sich auf die Profitabilität aus und verstärkt den Fusionsdruck.

3. **Die vorliegenden Ergebnisse zeigen die Notwendigkeit einer umfassenden Evaluierung der Regulierungsmaßnahmen deutlich.** Die Abwägung von Kosten und Nutzen bestehender und geplanter Maßnahmen ist im Hinblick auf die Proportionalität der Belastungen dringend angezeigt.

¹ Unter „Marktfolge“ versteht man im Bankwesen die nicht unmittelbar mit Kundenkontakt betrauten Geschäftsbereiche. Die „Marktbereiche“ sind durch das Bankenaufsichtsrecht von der Marktfolge zu trennen.